Wahlkampf - Verdi-Chef Frank Bsirske und Beate Müller-Gemmeke (Grüne) pochen auf Arbeitsmarktregulierung: »Kein Lohndumping per Werkvertrag«

Verdi-Chef Frank Bsirske für mehr Gerechtigkeit

REUTLINGEN. Bereits vor vier Jahren erhielt die Reutlinger Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke im Wahlkampf prominente Unterstützung durch Frank Bsirske. Jetzt war der Bundesvorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi erneut in Reutlingen, um an ihrer Seite – vor zwei Dutzend Zuhörern im Gasthaus »Waldesslust« – für »mehr Gerechtigkeit« zu trommeln. Von Christoph B. Ströhle



»Wahlhelfer« Frank Bsirske mit Beate Müller-Gemmeke in der »Waldesslust«. FOTO: Christoph B. Ströhle

»Tough und verlässlich« nannte Bsirske die grüne Abgeordnete und betonte, dass er ihre Einladung »von Herzen gern« angenommen habe. Bsirske ist seit 1987 Grünen-Mitglied und war von 1997 bis 2000 als Grünen-Stadtrat sowie als Personal- und Organisationsdezernent für die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover tätig.

Die Gewerkschaft Verdi, der er seit 2001 vorsteht, hat rund zwei Millionen Mitglieder. Beate Müller-Gemmeke ist Sprecherin von »Gewerkschaftsgrün«, dem Forum für Arbeit und Soziales in ihrer Partei, und tritt in der Grünen-Bundestagsfraktion zudem als Sprecherin für Arbeitnehmerrechte auf.

Bsirske forderte eine »Re-Regulierung« des Arbeitsmarktes, um »Fehlentwicklungen« der vergangenen Jahre zu korrigieren und die Weichen auf mehr Gerechtigkeit zu stellen. »Dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn, die Festlegung, dass gleiche Arbeit gleich bezahlt wird, egal ob Leiharbeit oder Stammarbeit, und zwar von der ersten Stunde an«, sagte er. Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit müssten wirkungsvoll bekämpft werden. Auch gehöre die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen abgeschafft. »Das ist ein Scheunentor zur Entsicherung der Arbeit und zur Durchlöcherung des Kündigungsschutzes«, meinte Bsirske, der außerdem forderte, Minijobs sozialversicherungspflichtig zu machen.

Existenzsichernde Arbeit und angemessene Einkommen seien entscheidende Voraussetzungen für eine gute Alterssicherung. Doch sei die Altersarmut auf dem Vormarsch. »Da baut sich ein enormes Legitimationsproblem auf – für Parteien und Gewerkschaften.« Auch hier gelte es, gegenzusteuern: mit einer Garantierente, um langjährig Beschäftigte so abzusichern, dass sie über das Grundsicherungsniveau kommen, mit einer aufgestockten Erwerbsminderungsrente und dem gesetzlichen Mindestlohn.

Ein Gerechtigkeitsproblem hat Bsirske darüber hinaus bei der Vermögensverteilung in Deutschland ausgemacht. Für Vermögende und reiche Erben sei die Bundesrepublik eine Steueroase, erklärte der Verdi-Chef und sprach sich für eine stärkere Heranziehung der Geldvermögensbesitzer zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben aus.

Eine »Millionärs- und Milliardärssteuer« sei zumutbar, zumal durch die Steuerpolitik der vergangenen zehn bis zwölf Jahre »von unten nach oben umverteilt« worden sei. Widerspruch dahin gehend, dass solche Pläne den Mittelstand gefährdeten, will Bsirske nicht gelten lassen. »Die Superreichen camouflieren sich gerne als Mittelschicht.«

Soziale Leitplanken

»Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt«, meinte auch Müller-Gemmeke. »Lohndumping per Werkvertrag« sei zu unterbinden. Auch solle die »Lohndiskriminierung von Frauen« ein Ende haben. Grundsätzlich müsse das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit« umfassend durchgesetzt werden.